

ENERGIEPOLITIK **ERSATZ FÜR DIE MEHRWERTSTEUER**

Ständerat will grünliberale Energiesteuer nicht flicken

Die Grünliberalen wollen ihre Energiesteuerinitiative zurückziehen, falls das Parlament einen Gegenvorschlag macht. Der Ständerat lehnte diesen Rettungsversuch gestern ab. Das Thema Lenkungsabgabe aber bleibt auf der politischen Traktandenliste.

Ökologisch bewusste Ökonomen, Grüne und Linke fordern seit Jahrzehnten eine Energielenkungsabgabe, um die Kosten des Energie- und des Naturverbrauchs ins marktwirtschaftliche Preissystem zu integrieren. Ein Teil der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft stimmt solchen Abgaben «grundsätzlich» ebenfalls zu, aber lehnten konkrete Vorlagen bisher stets ab. Darum versandeten Vorstösse für Energieabgaben meist schon im Bundesrat oder im Parlament. Die einzige Vorlage, die vors Volk kam – die grüne Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» –, lehnten die Abstimmenden auf Empfehlung des Parlamentes 2001 deutlich ab.

Das gleiche Schicksal droht jetzt der Initiative der Grünliberalen Partei (GLP) mit dem Titel «Energie statt Mehrwertsteuer». Demnach soll die Mehrwertsteuer, die pro Jahr 22 Milliarden Franken in die Bundeskasse spült, vollständig ersetzt werden durch eine Steuer auf nicht erneuerbare Primärenergie. Diese Initiative sei in der Energiekommission «auf viel Sympathie gestossen», sagte gestern SP-Ständerat Roberto Zanetti (SO), aber: «Der Weg zum Ziel scheint mit zu vielen Unwägbarkeiten gepflastert.»

Pferdefuss der Initiative

Der Grund: Um den Ertrag von jährlich 22 Milliarden Franken aus der Mehrwertsteuer zu ersetzen, müsste heute eine Kilowattstunde (kWh) Atomstrom um rund 30 Rappen, ein Liter Benzin um 1.20 Franken aufschlagen. Diese relativ hohe Abgabe dürfte den Energiekonsum wie gewünscht nach unten lenken. Damit aber müsste die Abgabe für die verbleibende Energie stets weiter erhöht werden, um die Mehrwertsteuer zu kompensieren.

Auf die Länge würde sich so eine Einnahmelücke für den Staat öffnen. Im Extremfall würde die Schweiz zwar hundertprozentig mit erneuerbarer Energie versorgt, der Bund sähe sich aber mit einem Einbruch der Einnahmen konfrontiert. Die 22 Mehrwertsteuer-Milliarden machen heute



Grünliberale Nationalräte wohnen der Ständeratsdebatte zur Energiesteuer-Initiative bei. Tiana Angelina Moser (v. l.), Martin Bäumle, Roland Fischer und Jürg Grossen müssen mit ansehen, wie ihre erste Initiative ohne Gegenvorschlag versenkt wird. Keystone

einen Drittel der Staatseinkünfte aus.

Um diesen Pferdefuss zu beseitigen, hoffen die Grünliberalen auf einen Gegenvorschlag des Parlamentes, der es ihnen erlaubt, ihre Initiative ohne Gerichtsverlust zurückzuziehen. Einen solchen «Gegenentwurf», nämlich eine Energieabgabe ohne Kopplung mit einer andern Steuer, beantragten im Ständerat

Luc Recordon (Grüne, VD) und Christian Levrat (SP, FR). Doch die bürgerliche Mehrheit war nicht bereit, für die GLP das Eisen aus dem Feuer zu holen. Es gehe nicht an, mit einem völlig anders konzipierten Gegenvorschlag eine «untaugliche Initiative zu retten», argumentierte etwa der Bündner CVP-Ständerat Stefan Engler. Vertreter der SVP wie etwa der Schwyzer Peter Föhn

«Der Weg zum Ziel scheint mit zu vielen Unwägbarkeiten gepflastert.»

Roberto Zanetti (SP, SO)

wandten sich generell gegen die Einführung einer Energieabgabe.

Mit 29 bürgerlichen gegen 11 linksgrüne Stimmen lehnte der Ständerat den Gegenvorschlag ab. Danach empfahl er die Initiative mit 34 gegen 3 Stimmen dem Volk zur Ablehnung. Das gleiche Schicksal droht auch im Nationalrat. Danach entscheidet wohl das Volk, denn, so sagte gestern GLP-Mann Markus Stadler (UR):

«Ohne Gegenvorschlag wird die Initiative nicht zurückgezogen.»

Bund plant Energieabgabe

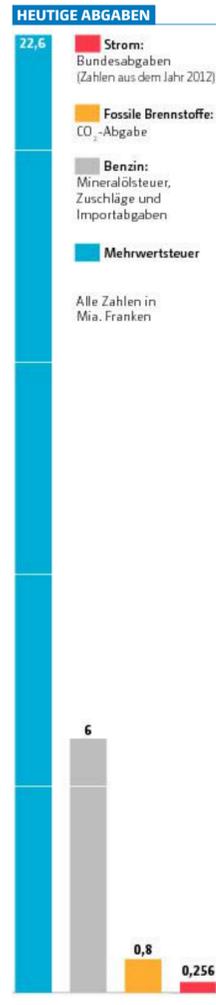
Mit dem Nein zur GLP-Initiative ist das Thema nicht vom Tisch. So plant der Bundesrat per Verfassungsvorlage vors Parlament. Diese soll die Förderabgaben und Subventionen, die der Bundesrat für die Umsetzung seiner «Energiestrategie 2050» in der

ersten Etappe vorsieht, schrittweise ablösen.

Wie hoch diese Abgabe ausfallen wird und welche Energieträger sie belasten soll, ist noch offen. Zur Diskussion stehen eine Variante, die alle nicht erneuerbaren Energieträger erfasst, sowie eine Variante, welche die Treibstoffe verschont. Die konkrete Vorlage, ausgearbeitet von Eveline Widmer-Schlumpf

Finanzdepartement, will der Bundesrat nächstes Jahr den Parteien und Verbänden zur Vernehmlassung vorlegen. Frühestens im Jahr 2016 kommt die Verfassungsvorlage vors Parlament. Stimmt dieses zu, wird bis 2021 das Ausführungsgesetz ausgearbeitet.

Einen Vorentscheid hat der Bundesrat bereits gefällt. Der Ertrag der Abgabe soll pro Kopf der



Grafik sas / Quelle Bundesamt für Energie BfE

Bussen sollen auf die Steuern durchschlagen

BANKEN Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf will, dass Banken ihre Bussen nicht von den Steuern abziehen können. Die Finanzmarktaufsicht erwartet mehr Selbstverantwortung von der Branche.

Dass die Banken im Steuerstreit mit den USA wohl einen Teil ihrer Bussen von den Steuern abziehen können, stösst im Parlament auf Kritik. Der Ständerat hat gestern darüber diskutiert, der Nationalrat wird sich dem Thema heute widmen. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf sprach sich im Ständerat dafür aus, mit einer gesetzlichen Regelung Klarheit zu schaffen. «Ich denke, dass wir eine Vorlage machen können und werden», sagte Widmer-Schlumpf.

Geltende Regeln sind unklar

In der Lehre ist umstritten, ob Bussen mit strafrechtlichem Charakter als geschäftsmässig begründeter Aufwand in Abzug gebracht werden könnten. Es gibt dazu nur wenige Gerichtsentscheide, und diese beziehen sich auf natürliche Personen. Das Bundesgericht hat sich bis anhin noch nicht zur Frage geäußert. In den Kantonen wird die Sache unterschiedlich gehandhabt. Einige Kantone lassen Abzüge von Bussen mit strafrechtlichem Charakter zu, andere nicht.

Der Bundesrat vertrete die Auffassung, dass Bussen grundsätzlich keinen geschäftsmässig begründeten Aufwand darstellen und damit nicht abzugsfähig seien, sagte Widmer-Schlumpf. Eine Ausnahme stellten jene Bussen dar, die eine Gewinnabschöpfungskomponente hätten. Anlass für die Diskussion im



Fordert klare Regelung: Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Keystone

Ständerat waren Interpellationen von Luc Recordon (Grüne, VD) und Urs Schwaller (CVP, FR). Beide zeigten sich mit den schriftlichen Antworten des Bundesrates nicht ganz zufrieden. Dass Bussen von den Steuern abgezogen werden könnten, sei «skandalös», stellte Recordon fest. Schwaller forderte die sofortige Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die dies verhindert. Es müsse klar geregelt werden, dass nicht nur Bussen mit Strafcharakter, sondern auch solche mit Gewinnabschöpfungscharakter nicht abzugsfähig seien. Er überlege sich, eine Motion dazu einzureichen, sagte Schwaller.

Bereits in den nächsten Wochen wird der Bundesrat einen Bericht zum Thema vorlegen, wie Widmer-Schlumpf ankündigte. Diesen verlangt hatte SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (BL) in einem Postulat, welches der Bundesrat Ende April zur Annahme empfahl.

Weiter hielt die Finanzministerin fest, dass der Bund die Kos-

ten auf die Banken überwälzen werde, die durch ein Fehlverhalten entstanden und mit einem Verwaltungsaufwand in ausserordentlichem Umfang verbunden seien.

Finma fordert Selbstdisziplin

Auch der neue Direktor der Finanzmarktaufsicht (Finma), Mark Branson, redete den Bankern gestern an der Jahresmedienkonferenz ins Gewissen. Viel Vertrauen sei verspielt worden mit deren Geschäftsgebahren. Dieses gipfelte beispielsweise für die Credit Suisse vor kurzem in einer Milliardenbusse aus den USA. Es brauche besseres Risikomanagement und mehr Selbstdisziplin. Die Banken hätten den Schlüssel selbst in der Hand, um Überregulierung und Repression zu vermeiden. «Sie müssen erkennen, dass sie ein Teil eines Gesamtsystems sind, das nur funktioniert, wenn der gesellschaftliche Grundkonsens dafür vorhanden ist», hielt der ehemalige UBS-Banker fest. sda

Biberschäden werden nicht entschädigt

UMWELT Der Nationalrat lehnt die Abgeltung für Biberschäden durch den Bund ab. Auch von verstärkter Prävention will er nichts wissen.

Bundesrätin Doris Leuthard kramte gestern tief in ihren Kindheitserinnerungen: «Wir haben uns gesehen nach Bibern.» Inzwischen ist ihr Wunsch in Erfüllung gegangen. Über 2000 Exemplare der niedlichen Nager haben sich bisher in der Schweiz angesiedelt.

Thurgau. Die Ostschweizer wollen via Ständesinitiative den Bund deshalb dazu zwingen, dass er für die Schäden aufkommt. Die Chancen indes stehen schlecht: Gestern hat der Nationalrat eine gleich lautende Motion von Valérie Piller Carrard (SP, FR) bachab geschickt.

Abgeschreckt haben nicht nur die Kosten: Jährlich erwartet der Bund Mehrkosten von bis zu drei Millionen Franken. Die Nationalräte liessen sich davon überzeugen, dass die heutige Gesetzgebung ausreicht. Die Umsetzung des neuen Gewässerschutzgesetzes dürfte für eine Entschärfung sorgen. Die Kantone müssen bis 2018 Gewässerzonen ausschneiden. Dass führt zu einer Entflechtung von gefährdeten Infrastrukturanlagen und dem Lebensraum der Biber.

Über 250 im Kanton Zürich

Doch aus der anfänglichen Freude ist vielerorts Verdruss geworden. Allein im Kanton Zürich wird der Bestand auf über 250 geschätzt. Der Biber verdrängt nicht nur Landwirte, sondern sorgt auch für Verunsicherung. So warnte erst kürzlich etwa der Gemeinderat von Waltalingen, entlang des Müllbachs Vorsicht walten zu lassen. Der Biber habe dort Gänge gegraben, die bei schwerer Belastung einzustürzen drohten. Besonders dreist treiben es die rund 500 Artgenossen im Kanton



Die Anzahl Biber in der Schweiz wird auf rund 2000 geschätzt. RANDO

ausgerottet.

Zudem dürfen Biberdämme in Absprache mit Wildthürnen bereits heute ganz oder teilweise entfernt werden. Selbst der Abschuss ist als allerletztes Mittel möglich. Bis jetzt kam es noch nie dazu. Zu gross ist die Sympathie, welche die breite Bevölkerung gegenüber dem Nagetier hegt. Das war nicht immer so: Der Biber wurde wegen des sehr fettigen Fleisches, des dichten Fells und des Bibergeißes, eines Sekrets, das als Wundermittel gegen viele Gebrechen eingesetzt wurde, gejagt. Anfang des 19. Jahrhunderts galt der Biber in der Schweiz als ausgerottet. gr

In Kürze

KONJUNKTURPROGNOSE

Seco dämpft Erwartungen

Die Weltwirtschaft erholt sich langsamer als erwartet. Deshalb senkt das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Konjunkturprognose für das laufende Jahr auf 2 Prozent. Noch im März hatten die Experten des Bundes mit einem BIP-Wachstum von 2,2 Prozent gerechnet. Für 2015 sind es 2,6 statt 2,7 Prozent. sda

ATOMKRAFTWERKE

Kein Wechsel bei Stilllegungskosten

Der Nationalrat will keinen Systemwechsel bei der Berechnung der Kosten der Stilllegung von Atomkraftwerken. Margret Kiener Nellen (SP, BE) hatte verlangt, dass die Betreiber die Kosten für die Stilllegung und die Entsorgung radioaktiver Abfälle jährlich berechnen und die Finanzierung nachweisen müssen. Heute werden die Kosten alle fünf Jahre neu ermittelt. sda

LOHNGLEICHHEIT

Nationalrat will keinen Index

Männer und Frauen verdienen für die gleiche Arbeit nach wie vor nicht gleich viel. Von einem Lohngleichheitsindex will der Nationalrat trotz dieser verfassungswidrigen Situation nichts wissen. Er lehnte einen Vorstoss von Jacqueline Fehr (SP, ZH) ab. sda

Kommentar

Schon die Vorbereitung begann wenig verheissungsvoll: Von der Ankündigung bis zur Einreichung der ersten Volksinitiative der Grünliberalen Partei (GLP) verstrich mehr als ein Jahr. So lange dauerte es, bis Parteipräsident Martin Bäumle alle Kantonalsektionen auf Kurs gebracht hatte. Denn es gab parteiinternen Widerstand gegen das Volksbegehren, mit welchem die Parteiverantwortlichen die Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer auf nicht erneuerbaren Energien wie Erdöl, Erdgas, Uran oder Kohle ersetzen wollen.

Vielleicht bedauert Martin Bäumle heute, diesen ungünstigen Anzeichen nicht mehr Beachtung geschenkt zu haben. Der Ständerat lehnt die Initiative in aller Deutlichkeit ab. Er will dem Stimmvolk nicht einmal einen Kompromiss in Form eines direkten Gegenvorschlags vorlegen.



Redaktor Bernhard Kislig zur Initiative der Grünliberalen

Unangenehmer Bumerang

Der Entscheid der kleinen Kammer ist richtig und nachvollziehbar.

Die Initiative hat einen grundsätzlichen Konstruktionsfehler. Die Mehrwertsteuer ist eine Konsumsteuer, die nichts mit Klimazielen zu tun hat. Im Jahr 2013 betragen die Mehrwertsteuereinnahmen 22,6 Milliarden Franken. Das wäre ungefähr die Energiesteuer, welche die Verbraucher bei einem Volks-Ja auf Erdöl, Gas und Atomstrom zahlen müssten. Ein hoher Preis, der gewisse Wirkung zeigen und ein Umdenken herbeiführen würde. Gemäss Schätzungen dürfte zum Beispiel die Abgabe auf Benzin neu etwa drei Franken betragen. Heute sind es rund 70 Rappen.

Es ist zwar richtig, Abgaben auf nicht erneuerbaren Energien zu erhöhen. Aber das muss unabhängig von der Mehrwertsteuer geschehen, wie es der Bundesrat im Rahmen der Energiestrategie 2050 ohnehin plant. Sonst droht

eine problematische Spirale. Denn: Je sparsamer die Verbraucher mit Energie umgehen, desto stärker sinken die Einnahmen des Bundes. Und weil dieser nicht auf seine wichtigste Einnahmequelle verzichten kann, müsste er die Energiesteuer laufend erhöhen. Die Anstrengungen der Verbraucher würden so nicht einmal belohnt.

Aber auch eine Reihe von Nachteilen und schwer abschätzbaren Risiken sprechen gegen die Initiative. Sie wäre mit Sicherheit schlecht für Schweizer Industriebetriebe mit hohem Energieverbrauch. Happige Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischer Konkurrenz könnten schmerzhaft Folgen wie Arbeitsplatzverluste nach sich ziehen. Kein Grund zur Freude hätten aber auch Haushalte mit tiefen Einkommen, da die Energiekosten in ihrem Budget einen grösseren Anteil ausmachen. Wobei diese gleichzeitig auch stärker von der

Abschaffung der Mehrwertsteuer profitieren könnten. Weiter wäre mit einer Zunahme des Tanktourismus im Ausland zu rechnen. Darunter würde der Detailhandel im Grenzgebiet leiden. Zudem wäre ein Volks-Ja ein Schlag für Lastwagentransporte mit unabsehbaren Folgen für die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe.

Martin Bäumle wird nicht müde, zu betonen, dass er offen sei für einen Kompromiss in Form eines direkten Gegenvorschlags. Es scheint, als würde die Kleinstpartei ihr erstes Volksbegehren noch so gerne zurückziehen, um nicht einen aufwendigen Abstimmungskampf und eine blamable Niederlage riskieren zu müssen. Wie andere Parteien lancierte auch die GLP ihre Volksinitiative im Wahljahr 2011, um damit die Haushalte mit tiefen Einkommen, da die Energiekosten in ihrem Budget einen grösseren Anteil ausmachen. Wobei diese gleichzeitig auch stärker von der

ENERGIESTEuern

7 Milliarden Franken werden auf Energiepreise draufgeschlagen

Bereits heute erhebt der Staat folgende Steuern auf die Energiepreise (siehe auch Grafik oben rechts):

- **Mineralölsteuer für Benzin** Knapp die Hälfte von dem, was Autofahrer an der Tankstelle bezahlen, fliesst als Mineralölsteuer und als Zuschläge in die Bundeskasse. Pro Jahr sind dies 6 Milliarden Franken. Das Geld fliesst in den Ausbau des Strassen- und Schienennetzes.
- **CO₂-Abgabe für Brennstoffe** Pro Tonne CO₂ bezahlen die Verbraucher eine Abgabe von 60 Franken. Für einen Liter Heizöl (extraleicht) fallen dadurch Steuern von 15,9 Rappen an. Die Abgabe gilt für sämtliche fossilen

Brennstoffe wie Kohle, Erdgas oder Petrolkoks. Die CO₂-Abgabe bringt der öffentlichen Hand 800 Millionen Franken pro Jahr. Diese Lenkungsabgabe soll den CO₂-Ausstoss verringern. Zwei Drittel der Einnahmen fliessen via Krankenkassenprämien an die Bevölkerung zurück. Ein Drittel des Geldes verwendet der Bund für die energetische Sanierung von Gebäuden.- **Bundesabgabe für Strom** Laut Gesetz darf der Bund maximal 1,5 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) auf den Strompreis draufschlagen. Im aktuellen Jahr verlangt er bloss 0,6 Rappen. Den Zuschlag für 2015 legt der Bundesrat vor den Sommerferien fest. Fachleute rechnen mit 1,1

Rappen pro kWh. Das Geld fliesst grösstenteils in die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV). Damit subventioniert der Bund erneuerbare Energiequellen. 2012 sind 256 Millionen Franken zusammengekommen.- **Geplante neue Abgaben** Um die Engpässe im Strassennetz zu beseitigen, will der Bundesrat die Mineralölsteuer um bis zu 15 Rappen pro Liter erhöhen. Auch die CO₂-Abgabe soll periodisch erhöht werden. Im Gegenzug werden die Fördermassnahmen für erneuerbare Energiequellen mittelfristig abgeschafft. Grundsätzlich will der Bund das heutige Förderstern ab 2021 durch ein Lenkungsstern ersetzen. Tobias Habegger